

Oskar Weggel

Kampf dem „religiösen Extremismus“ in Zentralasien!

– Die VR China bekennt Farbe –

Gliederung

- 1 Herausforderungen durch Taliban und Islamisten-Brigaden
- 2 Antworten im Fünferbündnis
- 2.1 Erster Anlauf: Die „Sechs+Zwei-Konferenz“ in Taschkent und die „Taschkent-Erklärung“
- 2.2 Zweiter Anlauf: Der Gipfel von Bischkek und der dabei beschlossene „Fünf-Punkte-Plan“
- 2.2.1 Kampf gegen „religiösen Extremismus“ und gegen „grenzüberschreitende Kriminalität“
- 2.2.2 Zusätzliche Grenzvereinbarungen
- 2.2.3 Fazit: Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus

1 Herausforderungen durch Taliban und Islamisten-Brigaden

Zentralasien wird gegenwärtig von einer Welle von politischen Unruhen heimgesucht, die ihren Ausgang mit konstanter Regelmäßigkeit von Afghanistan nehmen. Träger dieser Unruhen sind die Islamisten-Brigaden, die vor allem von der afghanischen Taliban-Bewegung ausgerüstet werden. Gegenwärtig verbreiten diese Freischärler, die inzwischen so etwas wie eine internationale Brigade bilden, bis zum nordkaukasischen Dagestan hinüber Furcht und Schrecken. Noch während des Zentralasien-Gipfels der „Shanghaier-Fünf“ in Bischkek Ende August 1997 waren die Teilnehmer beispielsweise durch Meldungen beunruhigt worden, daß es im Süden des Gastgeberlandes Kirgisien zu Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und islamischen Fundamentalisten gekommen sei. Rund 100 Mudschaheddin waren nach Angaben der kirgisischen Regierung aus dem benachbarten Tadschikistan eingedrungen, hatten drei kirgisische Dörfer besetzt und rund 120 Menschen als Geiseln genommen, darunter auch einen kirgisischen General. Offensichtlich waren sie darauf aus, die ihrer Meinung nach allzu unislamischen Kirgisen wieder auf den Pfad der Tugend zurückzubringen: Ähnlich wie dies gleichzeitig auch bei den Dagestanis zu der Südflanke Rußlands geschah!

Erst wenige Wochen vorher war von den gleichen Kräften ein Anschlag gegen den usbekischen Präsidenten Karimow in der Hauptstadt Taschkent durchgeführt worden. Karimow, der mit Moskau – und übrigens auch mit

Beijing – gute Kontakte unterhält, war dem Anschlag nur knapp entgangen.

Auch in der chinesischen Autonomen Region Xinjiang haben unter dem Einfluß der Islamisten – und hier wiederum besonders der Taliban! – die antichinesischen Ressentiments unter den dort lebenden Uiguren zugenommen. Längst ist hier der Ausdruck „Ostturkestan“ – anstelle der chinesischen Bezeichnung Xinjiang – wieder populär geworden, wobei sich die Bevölkerung an die kurzlebige „Ostturkestanische Republik“ von 1944 zurückerinnert fühlt. Nicht auszudenken, wenn die Taliban das Unruhepotential im chinesischen Xinjiang zum Anlaß nähmen, dort eines tages auch Kleinkriege zu unterstützen!

In Kirgisien schließlich ist es der Süden des Landes, der den islamistischen Einflüssen besonders unterliegt: In der Gegend von Dschalal Abad, Osch und in Regionen, die weiter südlich an das Fergana-Becken anschließen, bestimmt der Islam ja weitaus stärker das Alltagsleben, als es im kirgisischen Norden der Fall ist – spürbar nicht zuletzt im Stadtbild, wo auch die Frauen nach wie vor streng verschleiert sind. Ob Tadschikistan, das usbekische Fergana-Tal oder Xinjiang – überall sind die (konservativen) Regierungen in Bedrängnis geraten und stehen Gewehr bei Fuß, um gegen den als Bedrohung empfundenen, wachsenden Einfluß der Islamisten zu kämpfen, der hauptsächlich von Afghanistan (Talibanbewegung!) ausgeht.

2 Antworten im Fünferbündnis

Zwei Konferenzen haben 1999 stattgefunden, um den Unruheherd einzugrenzen, nämlich in Taschkent und in Bischkek.

2.1 Erster Anlauf: Die „Sechs+Zwei-Konferenz“ in Taschkent und die „Taschkent-Erklärung“

Von den Übergriffen sind nicht nur die zentralasiatischen Länder betroffen, sondern auch Rußland und nicht zuletzt ist China beunruhigt. Bereitwillig folgten sie daher der Einladung des UNO-Sonderbevollmächtigten für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, an einer vom 19. bis 20. Juli im usbekischen Taschkent anberaumten „Sechs+Zwei-Konferenz“ teilzunehmen. Teilnehmer waren die sechs Nachbarländer Afghanistans, nämlich China, Pakistan, Iran, Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan sowie Rußland und die USA.

Am Ende der Konferenz wurde die „Taschkent-Erklärung“ herausgegeben, die an die beiden größten rivalisierenden Kräftegruppierungen in Afghanistan appellierte, ihre Feindseligkeiten einzustellen, die Kriegsgefangenen auszutauschen, direkte Verhandlungen miteinander aufzunehmen und eine Regierung einzusetzen, die die verschiedenen Ethnien angemessen vertritt. Die Erklärung sprach sich für einen schnellen Friedensprozeß in Afghanistan aus und verurteilte die Lieferung von Waffen an die Bürgerkriegsparteien. Bekämpft werden sollte auch die Herstellung, die Produktion und der illegale Verkauf von Rauschgiften sowie die Gewährung von Asyl für die Terroristen. Auch die Repräsentanten der beiden wichtigsten Bürgerkriegsparteien Afghanistans, nämlich der

Taliban und der Vereinigten Front, waren nach Taschkent eingeladen worden, um dort am Rande der Konferenz miteinander den Kontakt aufzunehmen. Überraschenderweise waren die beiden Parteien der Einladung gefolgt und hatten über einen sechswöchigen Waffenstillstand, den Austausch von Kriegsgefangenen, die Öffnung von Handelsstraßen sowie die Fortsetzung der Friedensgespräche verhandelt.

Kaum war jedoch die „Sechs+Zwei-Konferenz“ zu Ende, ging der Bürgerkrieg in Afghanistan weiter, als wäre nichts geschehen. Schon eine Woche später starteten die Taliban sogar mit ihrer Sommeroffensive. Da nutzte es auch nichts, daß unter anderem die Vertreter der VR China protestierten – oder vorsichtiger ausgedrückt: „ihre Besorgnis äußerten“.¹ Die Teilnehmer der Taschkent-Konferenz, unter anderem China, fühlten sich von den afghanischen Bürgerkriegsparteien, vor allem aber von den Taliban, schlichtweg hereingelegt. Letztere hatten die Gespräche in Taschkent offensichtlich nur deshalb geführt, um – parallel zu ihren Siegen auf dem Schlachtfeld – nun auch politisch Anerkennung zu gewinnen. Nachdem dieser Versuch fehlgeschlagen war, hat das militärische Vorgehen wieder Oberhand gewonnen. China ist offensichtlich – ebenso wie Rußland und die Mehrheit der zentralasiatischen Regierungen, allen voran der usbekische Präsident Karimow – fest entschlossen, eine Anerkennung der Taliban durch die internationale Gemeinschaft – koste es, was es wolle – zu verhindern! Wer füttert schon gerne einen jungen Tiger!?

2.2

Zweiter Anlauf: Der Gipfel von Bischkek und der dabei beschlossene „Fünf-Punkte-Plan“

Am 24. und 25. August kam es in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek zum Treffen der sogenannten „Shanghai-Fünf“. Die Partnerschaft der „Shanghai-Fünf“ war am 26.4.1996 zustande gekommen, als die fünf Regierungen von China, Rußland, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan in Shanghai zusammentrafen und dort ein gemeinsames Abkommen unterzeichneten, das die Grenzen zwischen ihren Gebieten fixierte² und das später noch durch weitere Abmachungen ergänzt wurde, die vor allem der Sicherheit zwischen den Nachbarn dienen sollten. Die Fünf haben seit 1996 nicht nur Fortschritte bei der Festlegung des Grenzverlaufes, sondern auch beim Aufbau eines Klimas des Vertrauens, beim Rückzug ihrer Truppen sowie im Grenzhandel erzielen können.³

2.2.1

Kampf gegen „religiösen Extremismus“ und gegen „grenzüberschreitende Kriminalität“

Hauptgegenstand der Gespräche in Bischkek war diesmal nicht so sehr der Grenzverlauf, als vielmehr die Unruhe, die in Zentralasien immer wieder aufflackert und alle fünf Teilnehmer gleichermaßen beunruhigt. Die Fünf einigten sich in Bischkek darauf, den Islamisten, vor allem aber den Taliban dadurch entgegenzuwirken, daß sie nicht nur die Sicherheitsanstrengungen entlang der „Seidenstraße“ erneut bekräftigten⁴ und damit an ihre seit 1996 getroffenen Vereinbarungen anknüpften – unter anderem betonten sie, daß im Ernstfall auch gemeinsame

Aktionen gegen „nationalen Separatismus und religiösen Extremismus“ unternommen werden müßten⁵ –, sondern indem sie darüberhinaus einen Fünf-Punkte-Plan über eine Verstärkung der „regionalen“ Zusammenarbeit auch im Wirtschaftsbereich beschlossen.

Hauptinhalte dieses Beschlusses waren (1) Aufbau einer nuklearfreien Zone in Zentralasien und Fortsetzung der sicherheitsbildenden Maßnahmen, (2) Kampf gegen destabilisierende Faktoren wie „religiösen Extremismus, nationalen Separatismus, internationalen Terrorismus und andere grenzüberschreitende Verbrechen in der Region“, (3) Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Region, (4) Fortsetzung der Wiederbelebung der alten „Seidenstraße“ – ausgebaut werden solle in diesem Zusammenhang ein leistungsfähiges Eisenbahn- und Straßenwesen –, sowie (5) Intensivierung der Konsultationen und Koordinationsgespräche zwischen den fünf beteiligten Nationen.⁶

„Kooperation statt Separatismus“ – dies war eine der Hauptparolen, die die Tagung von Bischkek bestimmte.⁷

2.2.2

Zusätzliche Grenzvereinbarungen

Am Rande der Konferenz unterzeichneten China und Kirgisien ein ergänzendes Grenzabkommen. Damit werde die Abgrenzung der rund 1.000 Kilometer langen Linie zwischen beiden Ländern definitiv unter Dach und Fach gebracht. Beide Seiten sollten auch dafür sorgen, daß in der Grenzregion die Stabilität gefestigt werde, vor allem im Kampf gegen „extreme religiöse Kräfte, gegen nationale separatistische Kräfte und gegen grenzüberschreitende Verbrechen wie Drogenhandel und Waffenschmuggel“.⁸ Jiang Zemin trat ferner mit dem kasachischen Präsidenten in Gespräche über eine noch engere Zusammenarbeit ein. Im vergangenen Jahr habe der Handel zwischen beiden Nachbarländern 600 Millionen US\$ betragen.⁹ Auch mit Tadschikistan suchte Beijing ins Reine zu kommen: Nur wenige Wochen nach der Bischkek-Konferenz reiste der tadschikische Präsident Rachmonow in die VR China und unterzeichnete dort – in der Hafenstadt Dalian – gemeinsam mit Jiang Zemin vier Dokumente, nämlich ein bilaterales Grenzabkommen, eine „Erklärung über die Verbesserung der gutnachbarlichen Beziehungen“, ein Transportabkommen und ein Abkommen über die Bekämpfung des Drogenhandels.¹⁰ Die nächste Sitzung der „Shanghai-Fünf“ wird übrigens in Tadschikistan stattfinden und zwar im Jahr 2000.¹¹

2.2.3

Fazit: Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus

Zusammenarbeit Chinas mit allen gegen den islamischen Fundamentalismus gerichteten politischen Strömungen – dies etwa war das Grundanliegen Jiang Zemin sowohl bei der Bischkek-Konferenz als auch bei den Gesprächen mit dem tadschikischen Präsidenten.

⁵ SCMP, 1.9.99.

⁶ XNA, 26.8.99.

⁷ XNA, 26.8.99.

⁸ XNA, 27.8.99.

⁹ XNA, 26.8.99.

¹⁰ XNA, 14.8.99.

¹¹ XNA, 26.8.99.

¹ So bereits XNA, 7.8.99.

² Näheres dazu: C.a., 1996/4 Ü 1.

³ XNA, 26.8.99.

⁴ XNA, 26.8.99.